



## Neue Schlaglichter zu jüdischem Leben auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt online

Im Rahmen seiner Projektreihe „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt. Eine archivistische Spurensuche“ hat das Landesarchiv jetzt vier neue Beiträge veröffentlicht. Im Festjahr 1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland steht hier der Weg zur rechtlichen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung im Mittelpunkt.

Im Dienst einer effizienten Staatsverwaltung wurden im 18. Jahrhundert systematisch Statistiken zu Land und Leuten angelegt. Hierzu gehörte auch die Erfassung der jüdischen Bevölkerung. So verlangte das Amt Barby eine „Tabelle über die Anzahl der getrauten, geborenen und gestorbenen jüdischen Personen im Amt Barby, 1766–1785“. Hierbei ging es zunächst nur um die statistische und noch nicht um die individuelle Erfassung der jüdischen Bevölkerung.

Nach der Französischen Revolution gestanden mehrere deutsche Territorialstaaten der jüdischen Bevölkerung erstmals staatsbürgerliche Rechte zu. Wichtige Voraussetzung dafür war das Führen fester Familiennamen, um Einzelpersonen eindeutig identifizieren und erfassen zu können. Zu diesem Zweck reichte der Amtmann von Sandersleben bei der Landesregierung in Dessau ein „Verzeichnis der von den israelitischen Einwohnern zu Sandersleben erwählten bleibenden Familiennamen, 1822“ ein.

Die Revolutionen von 1848 führten im Zuge der Einführung von Verfassungen auch zur rechtlichen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung. Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse im März 1848 sah sich auch Herzog Leopold Friedrich von Anhalt-Dessau gezwungen, auf derartige Forderungen einzugehen. Das neu errichtete Herzoglich Anhaltische Staatsministerium erließ am 10. April 1848 die „Verordnung, die nähere Ausführung der völligen Gleichstellung der Israeliten mit den Christen in allen bürgerlichen Rechten und Pflichten betreffend“.

Dass die in der Folge vielerorts verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit in der Praxis oftmals nicht umgesetzt wurde, zeigt das Beispiel der „Auseinandersetzung über die Zulassung jüdischer Rittergutsbesitzer zu den Kreistagen in der Provinz Sachsen, 1859“.



Die Vorstellung relevanter Quellen zur jüdischen Geschichte des heutigen Sachsen-Anhalts wird in den kommenden Monaten fortgesetzt und zudem um systematische Recherchezugänge erweitert, die allen Interessierten weiterführende Forschungen erleichtern. Als historisches Gedächtnis des Landes Sachsen-Anhalt möchte das Landesarchiv damit einen vertiefenden Zugang zur Landesgeschichte mit ihren vielfältigen Facetten erleichtern.

Das kontinuierlich erweiterte Angebot finden Sie auf der Homepage des Landesarchivs: <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/startseite/>

**Kontakt:**

Dr. Detlev Heiden  
Leiter  
Landesarchiv Sachsen-Anhalt  
Brückstraße 2  
39114 Magdeburg

Tel. 0391/59806-0  
Fax: 0391/59806-600  
[poststelle@la.sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle@la.sachsen-anhalt.de)  
[www.landesarchiv.sachsen-anhalt.de](http://www.landesarchiv.sachsen-anhalt.de)